

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Festtage, um 5 Uhr für den folgenden Tag. / Druckpreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 30 Pf., monatlich 6 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk.; durch unsere A. Bräuer geschickten monatlich 30 Pf., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den besten Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen, Postbestellungen sowie andere Nachrichten nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Jahr höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Vorkünfte der Verleger, der Verleger, der Verleger oder der Verleger ausbleiben — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Ferner hat der Verleger in den oben genannten Fällen keine Rücksicht auf die Zahl der Verleger zu nehmen, in bestimmten Umständen aber nicht einzeln. / Einzelverkaufpreis der Nummer 10 Pf. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verleger, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Inanspruchnahme bleiben unberührt. / Verleger: Verlagsgesellschaft Wilsdruff. / Druckerei: Wilsdruff.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt
für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.



Verleger: Amt Wilsdruff Nr. 4.

Nr. 290

Freitag den 13. Dezember 1918.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

77. Jahrg.

Heimkehrende Krieger, die Ihr für uns gekämpft und gelitten, die Heimat grüßt Euch!

Der amtliche Teil befindet sich auf der vierten Seite.

Deutsch-tschechisches Handels-Abkommen.

Die eigene Scholle.

Die jetzt aus dem Felde heimkehrenden Truppen finden eine neue, völlig ungestörte Heimat. Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft liegen darnieder oder sind völlig vernichtet, die Finanz- und Volkswirtschaft steht vor den schwierigsten Aufgaben, deren Lösung dadurch erschwert wird, weil niemand weiß, wie schwer uns schließlich die Feinde in ihren Friedensbedingungen belassen werden. Daneben aber reicht das Gespenst der Arbeitslosigkeit drohend sein Haupt.

Als man, noch auf der Höhe der Erfolge, die Demobilisierungspläne entwarf, fielte die Siedlungsfrage eine große Rolle; denn man war sich darüber klar, daß die Rückführung der Arbeitskräfte aus Küstungsbetrieben und aus der Front angesichts des Rohstoffmangels, der verminderten Kaufkraft und Kaufkraft und nicht zuletzt infolge der weltpolitischen Lage sich kaum reiblos durchführen lassen werde. Es war also naheliegend, den Strom der Rückkehrenden, die keinen selbständigen Erwerb hatten, nach Möglichkeit auf das Land abzulenken und damit zugleich eine Frage zu lösen, die im Reichstag wie in den Landtagen verschiedener Einzelstaaten schon oft heiß umstritten gewesen ist.

Der Gang der Ereignisse hat die Lösung der Siedlungsfrage brennend gemacht, die neue Reichsregierung hat mit ihrer programmatischen Ankündigung der Aufteilung des Großgrundbesitzes ihr eine breite Grundlage gegeben. Im Volk findet der Plan durch Aufteilung eines Drittels des Großgrundbesitzes zugunsten der heimgekehrten Krieger kaum nennenswerten Widerstand und alle neuen Parteien mit Einschluß der Deutschennationalen Volkspartei haben in die Richtlinien ihres Parteiprogramms die Forderung einer großzügigen Siedlungspolitik zur Schaffung von Bauerntum aufgenommen. Es könnte also scheinen, als sei diese einst heißumstrittene Frage nun plötzlich auf dem Wege zu ihrer bestmöglichen Lösung. Indessen wird der Volkswirt, der Kenner der landwirtschaftlichen Eigenart, nicht umhin können, einige Bedenken zu äußern. Nicht etwa gegen die Siedlungspolitik oder die Aufteilung des Großgrundbesitzes an sich, sondern gegen die geplante Ausführung.

Will man ein Drittel des Großgrundbesitzes für Siedlungszwecke aufteilen, so wird damit der Bedarf an Siedlungsland bedeutend überschätzt; denn der Krieg hat sicher der Landwirtschaft nur in gewissem Sinne ein Ziel gesetzt, und wenn erst wieder normale Verhältnisse eingetreten sind, so wird der Zug zur Stadt sich auch weiterhin geltend machen, selbst wenn die politischen und sozialen Verhältnisse der Landwirtschaft und der Landbevölkerung von Grund aus umgestaltet werden. Natürlich würde sich mancher heimkehrende Krieger, wie überhaupt mancher Soldat ganz gern in eine fertige Landwirtschaft mit gutem Betrieb versetzen lassen. Hier aber handelt es sich nicht um die Verteilung von Bauerntum, sondern um die Verteilung von Ackerland, mit dessen Zuweisung allein den neuen Landbewohnern nicht gedient ist. Ebenso wichtig ist selbstverständlich das lebende und tote Inventar (Gebäude, Geräte, Vieh), das leider gerade jetzt schwer zu beschaffen sein dürfte.

Selbst aber, wenn die Regierung bereit und in der Lage sein sollte, alle diese Schwierigkeiten zu beseitigen, so wird der Neuanfänger doch immer noch tausend Schwierigkeiten finden, besonders dann, wenn seine landwirtschaftlichen Kenntnisse nicht groß genug sind, um einen Betrieb rationell zu bewirtschaften. Es soll und darf also nicht allein der Zweck sein, Arbeiter auf dem Lande abzuheben, damit sie als Arbeitskräfte nicht die Stadt bevölkern, sondern es muß vor allem darauf gesehen werden, Dauerernten zu schaffen, und zugleich, angesichts unserer wirtschaftlichen Notlage, die Vergewandung oder Verminderung von Produktionswerten zu vermeiden. Deshalb darf keineswegs schematisch nach irgendeiner feststehenden Formel die Aufteilung des Drittels vorgenommen, es muß vielmehr eine sorgfältige Auswahl getroffen werden. Es hätte unserer Landwirtschaft und damit der gesamten Volkswirtschaft schweren Schaden zuzufügen, wollte man einen ertragreichen, durch die Produktionsweise seines Eigentümers

ausgezeichneten Großgrundbesitzer aufteilen, um 20–30 Kleinbetriebe daraus zu machen, deren Gesamttertrag weit hinter dem des Großbetriebes zurückbliebe.

Es gilt also gut bewirtschafteten, in der Produktion bewährten Großgrundbesitz zu schonen. Dagegen ist ein geeignetes Objekt zur Aufteilung der sog. Wechselbesitz, der, besonders während des Krieges, ja lediglich der Spekulation dienete. Wird er verstaatlicht und als Siedlungsland vergeben, so ist weder ein Produktionswert, noch ein an der Scholle hängender Besitz geschädigt. Der Staat aber hat die Möglichkeit, den Kriegsgewinn, der hier durch Bodenspekulation erzielt ist, reiblos zu erhalten. In zweiter Linie aber kommen schlecht bewirtschaftete Betriebe in Frage, in denen durch Schuld der Besitzer die Durchschnittsproduktion nicht erreicht oder nicht wesentlich überschritten wird. Endlich darf nicht vergessen werden, daß unsere weiten Moore teilweise vortrefflich als Siedlungsland geeignet sind.

Wird dergestalt einmal die Siedlungsfrage — bereits sehr spät — in Angriff genommen, so wird man in der Aufteilung des Großgrundbesitzes weitere Schritte tun und an die Schaffung von Bauerntum (Kleinbetrieb für Landarbeiter) gehen können. Auf die gewonnenen Erfahrungen wird man folgen und so weiten Kreisen der Landbevölkerung, wie jetzt der Arbeiter, die eigene Scholle schaffen können.

Wird der Reichstag einberufen?

Erste Beratungen im Schöße der Regierung.
Berlin, 11. Dezember.

Angeht die Tatsache, daß die Alliierten mit dem VSE nicht verhandeln wollen, schweben, wie ein oft auf unterrichteten Berliner Blatt wissen will, innerhalb des Kabinetts Verhandlungen darüber, den Reichstag wieder einzuberufen, um der neuwärtigen Regierung eine parlamentarische Grundlage zu geben. Schon jetzt könnte gesagt werden, daß die Regierung nachdrücklich die Konsequenzen aus dem Verhalten der Entente wird ziehen müssen. Man rechnete in unterrichteten Kreisen damit, daß der Reichstag bereits Anfang nächster Woche zusammentritt.

Die Entente hat bekanntlich schon über vier Wochen, seit Einführung der VSE, keinen direkten diplomatischen Verkehr mehr mit Deutschland gepflogen. Man erwartet, daß bei den in Triest beginnenden Beratungen über die Verlängerung des Waffenstillstands eine ultimative Forderung der Entente auf Schaffung einer gesetzlichen Basis für die Reichsregierung gestellt werden wird.

Der Reichstag soll eingreifen.

Wie in Köln so macht sich auch in Koblenz eine Gegenströmung geltend. Der Koblenzer Oberbürgermeister fordert vom Reichstagspräsidenten Hebenbach ebenfalls die sofortige Einberufung des Reichstages nach Rassel oder Koblenz. In einer Sitzung des Arbeiterrates wies er außerdem die kultur- und religionsfeindlichen Bestrebungen des Kultusministers Hoffmann zurück und bedauerte, daß dadurch die Lösungsbestrebungen im Rheinland gefördert würden. Aus vollkommen sicherer Quelle teilte er mit, es ließe sich, daß Frankreichs Absichten auf die Einverleibung des ganzen linken Rheinuferes hingielen.

Schwere Gegensätze bei der Entente.

Wilson und der Imperialisimus.

Der bekannte Freund und Berater Wilsons, Oberst Howe, der wohl als zuverlässige Quelle gelten darf, läßt sich über die kommende Neuordnung in Europa und den Frieden folgendermaßen äußern:

Wilson's Programm besteht darin, die amerikanische Stimme durch seinen Einfluß den liberalen völkerverständlichen Strömungen innerhalb der Entente zur Verfügung zu stellen. Daß in London und Paris radikale und imperialistische Tendenzen im Kampfe miteinander liegen, ist kein Geheimnis. Wir hoffen, daß unsere militärische Macht genügen wird, um der Vernunft die Oberhand zu sichern. Die verbreiteten Gerüchte, denen zufolge die

Intelligenz für die energiegelosten Fortschritt oder deren Name, Letzteres für Wilsonen die, aber mit 4/5 Zustimmung, Wilson und liberaler Etw mit 5/6 Zustimmung. Die Arbeiterbewegung und Arbeiterbewegung entsprechenden Nachb. Bestimmungen im offiziellen Teil laut von Wilsonen die Eheleute 60 Pf. des. die. / Aufhebung und Effektivität zu be. 50 Pf. / Teilschmische Intelligenz Wilsonen jedes Reformationsrecht auf. / Wilsonenrechte bis 11 Uhr vorläufig. / Verlangensrechte des Landes 6 Mk. In der Postzustellung Zustellung. / Für die Arbeiter der Arbeiter an bestimmten Tagen und Wahlen wird keine Gewalt gestattet. / Einige Arbeiter 25. / Richtung ohne Macht. / Die Arbeiter mit Arbeiter haben zur bei Bestimmung können 20 Taten schlicht; längerer Zeit, gerichtliche Eingetragene, ermessliche Arbeiter nicht. / Informationsbezogen die Verordnung des Arbeiter-Kreis. / Sofern nicht über früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Ausnahme der Reduktion. / Nicht der Empfänger immer 8 Tagen, vom Redaktionslage an, Wilsdruff erhalt.

Wilsonenrechte für die energiegelosten Fortschritt oder deren Name, Letzteres für Wilsonen die, aber mit 4/5 Zustimmung, Wilson und liberaler Etw mit 5/6 Zustimmung. Die Arbeiterbewegung und Arbeiterbewegung entsprechenden Nachb. Bestimmungen im offiziellen Teil laut von Wilsonen die Eheleute 60 Pf. des. die. / Aufhebung und Effektivität zu be. 50 Pf. / Teilschmische Intelligenz Wilsonen jedes Reformationsrecht auf. / Wilsonenrechte bis 11 Uhr vorläufig. / Verlangensrechte des Landes 6 Mk. In der Postzustellung Zustellung. / Für die Arbeiter der Arbeiter an bestimmten Tagen und Wahlen wird keine Gewalt gestattet. / Einige Arbeiter 25. / Richtung ohne Macht. / Die Arbeiter mit Arbeiter haben zur bei Bestimmung können 20 Taten schlicht; längerer Zeit, gerichtliche Eingetragene, ermessliche Arbeiter nicht. / Informationsbezogen die Verordnung des Arbeiter-Kreis. / Sofern nicht über früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Ausnahme der Reduktion. / Nicht der Empfänger immer 8 Tagen, vom Redaktionslage an, Wilsdruff erhalt.

Vonder in den Beratungen der letzten Tage einen englisch-französisch-italienischen Oppositionsblock gegen Wilson zustande gebracht hätten, erscheinen mir vollständig aus der Luft gegriffen. Amerika würde an einem Gewaltfrieden im alten Stil, etwa in der Form des Friedens von Versaillens nicht teilnehmen. Amerika würde ihn nicht unterzeichnen und einen moralischen Protest erheben, und der Liberalismus der ganzen Welt würde sich einem solchen Protest anschließen.

Die Regierung hat demzufolge alle preussischen Behörden angewiesen, sich unweigerlich nach den obigen Vorschriften zu richten, allen auswärtigen Eingriffen unachtsamlich entgegenzutreten und sofort Meldung nach Berlin zu erstatten.

Verschiedene Meldungen.

Sasel, 11. Dez. Wie aus Straßburg gemeldet wird, wurde Poincaré auf einem Eisenbahnzuge durch die Stadt von mehr als zehntausend Menschen begleitet. Am Bahnhof wurden sie begeistert begrüßt.

Washington, 11. Dez. Amerika hat eine Mitteilung nach Berlin und Wien geschickt, daß die Vereinigten Staaten keine Note mehr zu erhalten wünschen. Alle Mitteilungen müssen an alle Alliierten zugleich geschickt werden.

Sambura, 11. Dez. Die englischen Torpedobootzerstörer „F 14“ „Ventila“ „F 16“, „Verdun“ trafen in Cuyana ein.

Sasel, 11. Dez. Unmittelbar nach Abschluß des Friedens soll zwischen den Alliierten und den Mittelmächten eine internationale Kommission sämtlicher Mächte, auch der neutralen, einberufen werden zum Zwecke des Anschlusses an den Völkerverbund.

Frankreich gegen den Achtstundentag.

Die französische Diktatur im Saarrevier.
Frankfurt a. M., 11. Dezember.

Nach Meldungen aus dem Saarrevier hat die dortige französische Besatzung den Achtstundentag für Bergarbeiter aufgehoben, mit der Begründung, daß sowohl in Frankreich wie in Deutschland Kohlennot herrsche, namentlich aber, weil die französischen Bergarbeiter auch 10 Stunden arbeiten müßten. Auf den Einwand, daß in der Pfalz die Achtstundentagsarbeit bereits eingeführt sei, erwiderte der französische Befehlshaber, daß sie abgelehnt würde, sobald die Franzosen in der Pfalz eingerückt seien. Er könne die Achtstundentagsarbeit nicht einmal in Aussicht stellen, wenn jedoch die Vergleute Kohlen liefern, würde auch die Versorgung mit Lebensmitteln für die Vergleute gut werden. — Umgekehrt verlangen die Gemeinderäte in Paris die sofortige Einführung des Achtstundentages.

Die eigentliche Friedenskonferenz.

Nach Schweizer Meldungen aus Paris soll nun die eigentliche Friedenskonferenz doch in Versailles und nicht in Paris zusammentreten. Der große Versaillier Kongressaal wird bereits für die Konferenz hergerichtet. Aber den Gang der Verhandlungen verlaßt, daß die Verbänden zunächst in der zweiten Dezemberhälfte nochmals zu einer Vorberatung über die Friedensbedingungen in Paris zusammentreten. Die eigentlichen Friedenskonferenzen beginnen dann im Januar, und zwar wollen die Verbänden zunächst unter sich die Bedingungen aufstellen, und sie erst dann den feindlichen Vertretern vorlegen.

Auflösung der heftigen USA.

Der heftige Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat hat sich freiwillig aufgelöst. An seiner Stelle wird ein Volksrat für die Republik Meissen gebildet. Dieser Volksrat trägt sich auf alle Bevölkerungsstufen der Republik Meissen, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehen. Es wird angenommen, daß die Auflösung mit der bekanten Forderung der Entente, alle USA abzuschaffen, da man sonst nicht in Friedensverhandlungen mit Deutschland eintreten könne, zusammenhängt.

Veränderungen unserer Unterhändler.

Geradezu skandalöses Verhalten der Belgier.

Spana, 11. Dezember.

Die deutsche Botschafts-Kommission hat eine höchst energische Protestnote an die Entente gerichtet über die unerhörten Übergriffe, die sich die Belgier zuschulden kommen lassen. Etwa 80 höhere Beamte wurden in Brüssel in zwei Kasernenzimmern ohne Betten zusammengepackt. Auf der Straße wurden sie von Schuppleuten und Soldaten mit dem Fuß beschimpft: „Ihr deutschen Schweine, seid ihr da? Euch müßte man kaputt machen!“ Ein Schuppleute rief: „Blas für die schmutzigen Boches, nach Paris damit!“ Außer einem warmen Mittagessen gibt es kein Brot, auch kein Wasser. Deutsche Notizen zu 50 Mark werden nirgendwo angenommen. Deutschland hat um Bekräftigung der näher bezeichneten der Schulbigen gebeten.

Deutsch-tschechisches Handelsabkommen.

Begegenseitige Lieferung von Nahrungs- und Verbrauchsmitteln

Prasna, 11. Dezember.

Zwischen der deutschen und der tschecho-slowakischen Regierung ist eine vorläufige Vereinbarung über eine Reihe dringender Fragen getroffen worden, die zunächst bis zum Abschluß des Friedens Geltung haben soll. Die Hauptbestimmungen lauten:

Nach den Vereinbarungen liefert Deutschland der tschecho-slowakischen Republik monatlich 10.000 Tonnen Steinkohle und Koks, wovon mindestens 7.500 Tonnen in Steinkohle geliefert werden sollen. Die Regierung der tschecho-slowakischen Republik stellt dafür monatlich 70.000 Tonnen Braunkohle zur Verfügung. Die tschecho-slowakische Republik wird die Ausfuhr von mindestens 50 Tonnen Narmelade in d 50 Tonnen Narmelade nach Deutschland gestatten. Soweit zur Ausfuhr verfügbare Mengen getrockneter Obstes vorhanden sind, will die tschecho-slowakische Republik der Ausfuhr nach Deutschland kein Hindernis in den Weg legen. Ebenso kann nach Deutschland Kautschuk, Erbsen, Weizen, Roggen, Gerste, Mais, Bohnen, Erbsen, Linsen, Getreide, Wollstoffe, Holz, Holzwerkstoffe, Holzspan, Holzschäpel, Holzbohlen, Holzbohlen, Holzbohlen geliefert werden, ferner werden monatlich 28 Waggons Getreide für Deutschland freigegeben.

Die deutsche Regierung gibt dafür Maschinen und Maschinenstoffe zur Ausfuhr nach Böhmen frei, die vor dem 18. Mai d. J. bestellt und beschafft worden sind. Für deutsche Lieferungsverträge wird umgekehrt die gleiche Freigabe erfolgen. Ferner ist Deutschland bereit, möglichst große Mengen von Chemikalien abzugeben, dann auch Kautschuk zur Frühjahrsdüngung, weiter Karbid, Zink und Aluminium nach Bedarf.

Beide Regierungen sind bereit, in ihrem Gebiete liegende Schiffe des anderen Teiles samt ihren Ladungen freizugeben. Soweit im Gebiete des einen Teiles Waren des anderen Teiles beschlagnahmt sind, soll ihre Freigabe unverzüglich erfolgen. Der Eisenbahnverkehr soll unter Zuhilfenahme gegenseitigen Wohlwollens demnächst geregelt werden. Durchfuhranträge werden wohlwollend und schnell geprüft und erledigt. Jedemfalls soll die Durchfuhr von Koble, Koks und Brennstoffen wechselseitig frei sein.

Westdeutsche Räte.

(Von einem gelegentlichen Mitarbeiter.)

Erangel und Arbeitslosigkeit. — Schwer- und Kleinfleischindustrie — Gegenstände. — Das Trugbild einer westdeutschen Republik. — Der Ruf nach Ordnung, Brot und Arbeit.

1. Fagen i. W., im Dezember.

Die Empfindlichkeit unserer Wirtschaftslebens und das im Zeitalter des neu betonten Massenkampfes trotzdem eng verflochtene Interesse von großer Politik und Wirtschaftspolitik, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen, wird am deutlichsten und schroffsten in den Seiten alter Industrie offenbart. Wenn, um nur ein Beispiel anzuführen, im westlichen Industriegebiet der Gegner die Westfälische Industrie von Krefeld und das Industriegebiet von Düsseldorf besetzt hält, vor den Toren Solingens und Remscheids steht und Dortmund, Bochum und Essen, die Hochburgen unserer Koble- und Stahlerzeugung, Hagen, Herfloh und Lüdenscheid, die Hauptorte der Kleinindustriellen mit einer hoch qualifizierten, bodenständigen Arbeiterkraft bedroht, so geht das allein, um die industrielle Entwicklung lahmzulegen.

Der ganze nicht besetzte industrielle deutsche Westen ist trotz aller Anstrengungen einzelner, trotz oft und gerade im Kampf auf dem Weltwirtschaftsmarkt bewiesener Kraft einfach nicht in der Lage, unter den gegenwärtigen Umständen den Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft vorzunehmen, ohne daß gerade die Arbeitermassen darunter litten. Denn es fehlt an allen Orten. Die Rohlenerzeugung ist, einmal, weil als Ersatz für die Kriegsgefangenen heimgekehrte Feldgrate noch nicht in ge-

rägender Anzahl eingestellt werden konnten, in manchen Bergamtsbezirken um über 100.000 Tonnen täglich gesunken. Dazu tritt der Mangel an Erz. In den rheinisch-westfälischen Hochöfen wurde durchschnittlich 80 % lothringisches Erz verhäutet. Das fehlt, ebenso wie das spanische und schwedische. Und das bedeutet: Stilllegung der Werke, Streiks, Einrückung des Feindes. Schon steigen die Ziffern der Arbeitslosen. Die Kruppischen Werke entließen allein 30.000 Mann. Insgesamt dürften, wenn nicht bald irgendwelche Sicherungen für die Aufrechterhaltung der Industrie geboten werden, die jetzt knapp hunderttausend Arbeitslose ein großes Halbmillionsheer werden, eine auf engem Raum zusammengedrängte, verzweifelnde, hungernde Menschenmasse. Mehr als von Berlin hängt die künftige Entwicklung Deutschlands vielleicht von der Lage in den großen Industriezentren ab. Haben die in Solingen und Bochum, Remscheid und Dortmund mit Hochdruck arbeitenden Spartaarbeiter erst durch die allgemeine Notlage ein Herz Verzweifelter gewonnen, dann schwemmt die Sturmflut alles das hinweg, was Generationen von Arbeiter- und Arbeitgeberfamilien mühsam aufbauten.

Reich ist es nicht so weit, und eine nicht mit Schlagworten arbeitende Regierung vermag sehr wohl das Chaos zu bannen. Einmal ist gerade der rheinisch-westfälische Industriebezirk der Sitz einer hochentwickelten und historisch langjam gewordenen, also wurzelfestesten Kultur, der sich gerade die alten Arbeiter- und Arbeiterfamilien in den Tälern der Ruuper, Ruhr, Volme und Ennepe sehr bewußt sind. Diese Überlieferung hat bis zu einem gewissen Grade auch die in den letzten Jahrzehnten eingewanderten fremden Arbeitermassen in den Ring eingeschlossen. Dann aber ist selbst das eigentliche Gebiet der Schwerindustrie von einem Gürtel umgeben, in dem die Kleinindustrie mit einer bodenständigen Schicht geleiteter Arbeiter sitzt. Hinzu kommt schließlich noch, daß im ganzen Bezirk das rheinische leicht entflammbare Blut in das am Alten hangende und jedem Schreiber föhl begegnende niederländische Blut der Westfalen fließt. Aus diesem Gegensatz heraus erklärt sich auch die kühle Aufnahme des von Köln aus lebhaft ausposaunten Planes, eine westdeutsche Republik zu bilden. Im Rheinland selbst hat man stets das Gefühl gehabt, „anders“ zu sein als Preußen. Auch dem westfälischen Niederläsland ist — genau wie dem holländischen — oder dem der Holländer — das Berlinerum wesenfremd geblieben, jenseits Berlinertum, das im preussischen Afessor oder Gardeleutnant oder ostelbischen Landrat den Massen fünfzig war. Aber diese Abneigung überträgt sich jetzt auch — und zwar sehr stark — gegen den Zentralismus der „neuen“ Berliner Regierung und die letzten Ereignisse in Berlin, das rabulische Gebahren der Liebknecht und Konforten sind gerade im Westen dem Gedanken des Zusammenwachtens — der noch immer mächtig ist — nicht förderlich gewesen. Eine radikale Regierung in Berlin wird den Westen niemals hinter sich haben, aber auch Kölner Partikularen werden niemals im Industriegebiet den Neonanaboten finden, den sie aus mancherlei Interessen heraus zu gewinnen suchen. Alle diese Strömungen, wie der Spartaismus in den Arbeitermassen, die Los-von-Berliner-Rufe der Kölner, sind bisher allzu schwach, um größere Massen mitanzuziehen. Trägt nicht alles, so findet eine Berliner Regierung, die nicht allein mit Berlin, sondern mit den Bedürfnissen der Massen im Reiche rechnet, auch den Westen hinter sich, wenn sie so schnell wie möglich Ordnung und Gleichgewicht herstellt.

Im Westen fordert alles die Rationalisierung, alles verweist sich darauf, in geordneten Verhältnissen Arbeit und nochmals Arbeit und damit Brot zu erhalten. Das ist der Ruf der leidgrauen Massen, die jetzt zu hunderten im Industriegebiet heimkehrten. Gewährt eine Berliner Regierung diesem Ruf kein Gehör, kommt es nicht zur baldigen Rationalisierung und zu einem Friedensschluß, der einigermaßen Raum für arbeitslustige Arme läßt, dann allerdings werden Berliner Radikale erleben, daß der Westen nicht jenen Verhältnissen folgt, deren Selbstsucht und Dünkel ein Reich von 70 Millionen in den Abgrund setzen möchten, in dem bereits Rußland versank.

Volkswirtschaft.

* Versorgung der Landarbeiter mit Schuhwerk. Im dem in der Landwirtschaft aufstrebenden Mangel an Schuhwerk abzuhelfen, ist bereits früher in wiederholten Malen eine Verteilung von neuen Stiefeln, instandgekehrten Militärstiefeln, Kriegsstiefeln und Bodenbeeren durch die Reichsleitung

für Schuhversorgung vorgenommen worden. Der Preis der Stiefel ist so niedrig angelegt, daß er den Friedenspreis nicht übersteigt. Instandgelehrte Stiefel und Kriegsstiefel werden noch billiger abgegeben. Da im Laufe der nächsten Monate voraussichtlich größere Bestände an Militärstiefeln frei werden, ist von der Reichsleitung für Schuhversorgung eine neue Verteilung dieser Stiefel an die Landarbeiterschaft in Aussicht genommen worden. Vom preussischen Landwirtschaftsministerium sind Schritte unternommen, um diese Sonderverteilung an Schubwert so bald als möglich den meist bedürftigen landwirtschaftlichen Arbeitern zugänglich zu machen. Die Verteilung soll, soweit der Vorrat reicht, durch die Kommunalverbände erfolgen.

* Ausfuhr in der Berliner Eisenindustrie. In fast sämtlichen Grob-Berliner Eisenerzeugern sind die Arbeiter in den Ausfuhr getreten. Die Streikbewegung geht von den Formern aus, die sich geneigt haben, unter dem bisherigen System des Akkordblohns weiterarbeiten und statt dessen fette Löhne verlangen.

□ Über die Fürsorge für aus Kriegsgefangenschaft oder Internierung zurückgekehrte Heeresangehörige herrscht immer noch trotz der verschiedenen Hinweise Unklarheit, die in einer vorangegangenen Manuskriptnahme der privaten Fürsorge zum Ausdruck kommt. Die Fürsorge der Heeresverwaltung erstreckt sich in erster Linie auf Schäden, die deutsche Kriegsgefangene in der Gefangenschaft infolge von Gesundheitsstörungen erlitten haben, ferner auf etwaige Erhaltungskosten in bezug auf persönliche Gebühnisse, auf die Erstattung der Fluchtkosten, auf die Entschädigung für abgenommene Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke — hierzu rechnen u. a. auch Uhren mit einfacher Kette, Messer — sowie Bargeld, Tausring, auf die Entschädigung wegen mittelbarer durch die besonderen Verhältnisse der Kriegsgefangenschaft entstandener Verluste, in ganz besonders begründeten Ausnahmefällen auch auf Verlust von Volksgeldungen. Ansprüche, die sich auf Gesundheitsstörungen erheben, sind von Offizieren und Beamten vor der Entlassung aus dem aktiven Dienst beim Ersatztruppenteil (Kompanie etc.) oder dem behandelnden Arzt, nach der Entlassung bei dem zuständigen Bezirkskommando (Bezirksfeldwebel) anzumelden, alle anderen Ansprüche dagegen möglichst schon in den Durchgangslagern, sonst durch Vermittlung des Ersatztruppenteils oder der Bezirkskommandos geltend zu machen. Ansprüche dieser Art, die bei Rotkreuzvereinen (Hilfen für Kriegsgefangene Deutsche) oder dem Heimatbund für heimkehrende deutsche Kriegs- und Zivilgefangene — Berlin NW 23, Siegmundhof 1 — geltend gemacht werden, werden von diesen an die zuständigen Dienststellen abgegeben. Darüber hinausgehende Ansprüche erledigt der Heimatbund in Zusammenarbeit mit den Ausschüssen für deutsche Kriegsgefangene im Benehmen mit der Heeresverwaltung. In Betrachtung werden auf diesem Wege Vorschüsse für die Fluchtkosten — soweit sie nicht bereits von der Heeresverwaltung gegeben worden — und in Fällen besonderer Bedürftigkeit auch Beihilfen gewährt.

Nah und Fern.

○ Weihnachtspakete. Beiden der bevorstehenden Weihnachtstage richtet die Postverwaltung nachstehende Wünsche an die Absender: Die Pakete sind recht dauerhaft herzustellen; in das Paket ist ebenfalls eine Abschrift der Adressen zu legen; die Aufschrift ist deutlich, vollständig und haltbar herzustellen, der Name des Bestimmungsorts besonders groß und kräftig anzugeben; auf den Paketen selbst hat der Absender seinen Namen und Wohnort mit Wohnung zu vermerken; die Weihnachtsgeldungen sind möglichst frühzeitig aufzuliefern und freizumachen. — Im übrigen tritt für die Zeit vom 16. bis einschließlich 24. Dezember die übliche Paketbeschränkung ein. Zur Beförderung unter Wertangabe werden von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt sind während der angegebenen Zeit von der Beförderung unter Wertangabe ausgeschlossen. Das Verlangen der „dringenden“ oder Eilbestellung ist für diese Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen herühren, nicht zugelassen.

○ Die fehlenden Bündelzüge. Der Verein deutscher Bündelholzfabrikanten macht darauf aufmerksam, daß die Bündelholzindustrie noch immer unter großen Schwierigkeiten in der Beschaffung ihres Rohmaterials zu leiden hat. Besonders empfindlich ist das Fehlen brauchbaren Paraffins.

Liselottes Heirat.

Roman von J. Courths-Mahler.

35]

„Du, daß du mich so gesund, kurz vor von Gertrude überredete mich, meine Kopfschmerzen hier in das ruhige Zimmer zu tragen, und die frische Luft tut mir sehr wohl. Es ist mir schon viel besser. Da ist so auch Herr von Senden, mein getreuer Vasa. Kommen Sie, meine Herren, hier ist es köstlich still und friedlich. Blandern Sie ein wenig mit uns.“

Römer hatte einen tiefen Atemzug getan und küßt seiner Frau die Hand. Dann wandte er sich mit drohendem Blick an Senden und sagte:

„Herr von Senden wünscht sich dir zu empfehlen, Sibille.“

Sibille sah scheinbar erstaunt in Sendens Gesicht, das mit einem undefinierbaren Ausdruck ihr zugewandt war. „Sie wollen schon nach Hause?“

„Sie geklatten, daß ich mich empfehle, ich fühle mich auch nicht recht wohl.“

Mit einigen bedauernden Worten verabschiedete Sibille Senden, der sich mit einer stummen Verneigung gegen die übrigen langsam entfernte. „Du bleibst aber doch ein wenig hier, Kurt?“

„Ein Augenblick entschuldige mich, ich komme sofort zurück“, sagte er und ging schnell hinter Senden her.

Draußen im Wintergarten blieb er mit strengem Blick vor ihm stehen.

„Sie haben sich überzeugt, daß Ihre Anklage ein Verleumdung war, Herr von Senden, ich muß bitten, daß Sie dieselbe zurücknehmen und sich in aller Form entschuldigen.“

„Ich sprach nach bestem Wissen und Gewissen, da ich sah, wie Herr von Gertrude und Ihre Gattin jenes Zimmer betraten, und ganz deutlich hörte, daß von innerer Schlüssel herumgedreht wurde. Wie Frau von Gertrude dazu kam, entsteht sich meiner Beurteilung. Jedenfalls bitte ich um Verzeihung, wenn ich vorzeitig war im Bestreben, Sie zu überzeugen, daß Ihre Eifersucht auf mich grundlos war.“

„Dahon bin ich jetzt allerdings überzeugt und will mir deshalb an Ihrer Bitte um Verzeihung genügen lassen. Sie werden aber verstehen, daß Gertrude in Zukunft darauf verzichten muß, Sie als Gast zu beherbergen. Wenn Sie sich jetzt zur Nachhausefahrt meines Wagens bedienen wollen, er steht Ihnen zur Verfügung.“

Darauf verabschiedeten sich die beiden Herren durch eine sehr steife, formelle Verbeugung. Römer ging in den roten Salon zurück, wo die drei in bangem Schweigen zurückgeblieben waren. Er trat erst vor Wolf hin.

„Denn von Gertrude, man hat Sie und meine Frau zusammen bei mir verdächtigt. Können Sie mir versichern, daß Sie zu meiner Frau keine unerlaubten Beziehungen haben? Ich muß am Ihr Ehrenwort bitten, daß Sie meiner Ehre in keiner Weise zu nahe getreten sind.“

Liselotte fuhr hinter ihm erschrocken zusammen bei dieser Frage und wollte sich erheben, um angstvoll neben ihren Mann zu treten. Er durfte dies Ehrenwort nicht geben, so meinte sie, und wollte ihn daran hindern.

Sibille zog sie aber mit eisernem Griff wieder neben sich und sah ihr mit einem beschwörenden Blick in die Augen. Die Liselotte imstande war, sich dagegen abzulehnen, sagte Wolf bereits ernst und ruhig:

„Ich gebe Ihnen dies Ehrenwort, Herr von Römer.“

Sibille atmete auf und kam ihm zu Hilfe, während Liselotte wie gelähmt in sich zusammenfiel und das Ungeheure nicht zu fassen vermochte.

„Sieber Kurt, daß ich fragen, wie du dazu kommst, Herr von Gertrude eine solche Frage vorzulegen. Ich muß energisch gegen eine solche Kränkung protestieren.“

„Verzeihe mir und beruhige dich, liebe, teure Sibille, ich konnte in diesem Falle nicht anders handeln, um deinen Ruf vor Flecken zu bewahren. Herr von Gertrude, gnädigste Frau, verzeihen Sie mir diese Szene. Ich nehme wirklich ein wenig zur Eifersucht. No, was, verzeihen Sie mir. Wenn man eine so schöne Frau sein eigen nennt, ist ein wenig Eifersucht verzeihlich. Sei gut, Sibille, und sieh mich nicht so strafend an.“

„Dies einmal soll es dir noch so hingehen, Kurt, aber versich mir, in Zukunft mehr Vertrauen zu mir zu haben.“ — „Mein Wort darauf.“

„Und nun wollen wir zu unseren Vätern zurückkehren, unsere lange Abwesenheit wird sonst auffallen. Schließen Sie sich uns an, meine Herrschaften, oder sieben Sie es vor, in diesem laudigen Winkel noch ein wenig Ihr junges Glück zu genießen? Komm, Kurt, dies junge Paar ist sich selbst genug.“

„Sie zog ihren Mann mit sich fort, da sie merkte, daß es mit Liselottes Fassung zu Ende ging. Um ihn abzulenken, überhäufte sie ihn draußen mit den herzlichsten Worten wegen seiner Eifersucht, und Römer war vollständig überzeugt, keiner lügen, reizenden Frau das schmerzhaft Unrecht zugefügt zu haben.“

In Sibilles Innerem sah es indessen fürchterlich aus. Obwohl sie nur kurze Zeit ungestört mit Wolf zusammen gewesen war, hatte sie erkannt, daß das Unglaubliche wirklich Tatsache war. Wolf liebte sie längst nicht mehr, sondern seine Frau, die unscheinbare, unbeneidete Liselotte. Er hatte es ihr klar und bündig gesagt, als sie sich mit heftigen Verheerungen an ihn herangedrängt hatte. Kalt und streng hatte er sie zurückgewiesen und mit zornig blühenden Augen Rechenschaft von ihr verlangt über das, was sie Liselotte an ihrem Hochzeitstage angetan hatte. Seine angebeteten, heißgeliebten Frau! So hatte er Liselotte genannt, und mit einem Ausdruck, der sie mehr überzeugte als seine Worte. Sie hatte kaum Zeit gefaßt, sich diesem Faktum gegenüber zu fassen, da hatte Liselotte an die Tür geklopft.

Sibille Römer wußte, daß sie nichts mehr zu hoffen hatte. Und machte sich auch ihr Herz in ohnmächtiger Wut zusammenkrampfen, nicht sie auch auf Rache sinnen, die Tatsache blieb bestehen, daß Wolf für immer für sie verloren war. Und sie hatte sich schon eine so herrliche Iddle extrahiert. Das war nun für immer vorbei.

Als Wolf mit Liselotte allein war, blieb es eine Weile zwischen ihnen still. Das junge Weib kämpfte heidenhaft mit der tödlichen Verwundung, die sie erfaßt hatte. Sie sah da wie ein versteinertes Bild des Schmerzes und hatte die Hände zusammengeschlagen. In ihren Augen war ein Ausdruck von Qual und Gramen.

(Fortsetzung folgt.)

Neueste Meldungen.

Die Friedenskonferenz nicht vor Neujahr.

Lužano, 11. Dez. Nach den Informationen der ita- lienischen Presse brachte Clemenceau auf den Londoner Beratungen den Antrag ein, den Beginn der Friedens- konferenz zu verschieben, um Deutschland Zeit zur Ein- berufung der Nationalversammlung zu lassen, da die Entente-Regierungen auf dem Friedenskongress wissen wollten, mit wem sie verhandeln. Der Beginn der Kon- ferenz ist nicht vor Neujahr zu erwarten.

Republik Thüringen.

Erfurt, 11. Dez. Die hier verammelt gewesenen Ver- treter der NSD Mitteldeutschlands beschloßen, das von ihnen vertretene Gebiet zu einem Staate Thüringen als Teil der Einheitsrepublik Deutschland zusammenzufassen. Alles weitere soll ein von Vertretern der thüringischen Staaten und Preussens zu bildender Ausschuss sobald als möglich vorbereiten.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Die deutsche Waffenstillstandskommission in Trier.

Berlin, 12. Dezember. (tu.) Wie bereits angedeutet, ist die deutsche Waffenstillstandskommission gestern nach- mittag in Trier angekommen. Sie wurde im Hotel „Zur Post“ von jedem Versteher abgeschlossen. Ihre Mitglieder dürfen die Straße nicht betreten und mit niemandem sprechen. Eine Aufklärung der Angelegenheit war bis- her nicht zu erreichen.

Eisener mahnt zur Ruhe.

München, 12. Dezember. (tu.) In einer anarchistisch-kommunistischen Versammlung im Wagnerbräu in München hat Eisner gestern Abend seine Genossen, vor denen er sich als radikaler Bekannter zur Ruhe gemahnt. Sie sollten absehen von ihrem Wahnsinn, damit die Entente nicht einmarschiere. Die Einberufung der deutschen Natio- nalversammlung erklärte er für unbedingt notwendig.

Die Freiheit der Meere.

Haag, 12. Dezember. (tu.) Der „Daily Express“ er- fährt, daß offizielle Besprechungen zwischen Groß-Britan- nien und den Vereinigten Staaten über die Freiheit der Meere stattgefunden haben. Wilson hat konkrete Vor- schläge gemacht, die aber keine Aufhebung der englischen Ansprüche auf das Durchfahrtsrecht der Kontorbande und die Erzwingung der Blockade enthält.

Öffentl. Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen

am 9. Dezember.

unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmann Dr. Grille. Nichtamtlicher Bericht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Amts- hauptmann bekannt, daß nach einer Mitteilung des Mini- steriums des Innern der bei der hiesigen Amtshauptmann- schaft beschäftigte Assessor Fraußfeld vom 1. Januar 1919 an bei derselben Behörde als Regierungsassessor angestellt ist. Als Berechnungsgeld für die den Bezirksausschuss- sitionen beigeordneten Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrates wurden 500 Mark genehmigt.

Die Amtshauptmannschaft steht in der Erhöhung der Brotration eine schwere Gefahr, sie hat aber nicht ver- mocht, mit ihren Bedenken beim Ministerium des Innern durchzubringen. Für Schwarzarbeiter kommt die Brotzulage in Zukunft in Wegfall, landwirtschaftliche Selbstversorger be- ziehen die bisherige Brotration zwar weiter, doch erfolgt vom 1. Januar bis 15. März eine Herabsetzung derselben, um zwangsweise während der weniger schweren Arbeitszeit allgemein etwas einsparen. Das Einsparung soll nach dem letztgenannten Tage wieder zugesetzt werden. Gleich- falls zur Kenntnisnahme gelangte die Erhöhung der Saat- gutmengen für Gerste auf 3,52 Zentner pro Hektar. Da dieses Quantum aber als nicht hinreichend erachtet wird, ist die Amtshauptmannschaft ersucht worden, darauf zu dringen, daß auf den Hektar 4,50 Zentner gewährt werden.

Einerstklassiges findet die Gewährung von Beihilfen zur Unterstützung der Konfirmanden und schulentlassener Kinder von Kriegsteilnehmern und sonstiger in Not be- findlicher Bezirkseingetragener bis zur Hälfte des aufgewendeten Betrages. Den Verhandlungen bez. Nachträgen zu den Hebammen-Bezirk Teubenheim, Groitzsch und Kesselsdorf wird Genehmigung erteilt.

Zwecks Bekämpfung der Sperlingsplage soll auf Wunsch des Ministeriums des Innern erneut eine Aktion zur Ver- minderung dieser Schädlinge in die Wege geleitet werden. Es wird aber beschlossen, von einer solchen abzusehen, da jeder Befitzer schon selbst für deren Vernichtung besorgt ist. Wie aus einer Aufstellung über von Gemeinden aus- gegahlte Prämien ersichtlich ist, sind nur in sieben Ge- meinden die fänge von 250 Sperlingen zur Ablieferung gelangt und dafür 11,50 Mark ausgezahlt worden.

Zur Kenntnisnahme gelangt eine Verordnung des Wirtschaftsministeriums, nach der der Gesamtumsatz des gesamten Getreides bis zum 15. Januar 1919 beendet sein muß. Da aber infolge Kohlenmangels die Strombelieferung des Elektrizitätsverbandes Erdba so beschränkt ist, daß dies auf manchen Gütern bis zu dem festgesetzten Zeit- punkte nicht möglich sein dürfte, kann in dringenden Fällen eine hinauschiebung bis zum 31. Januar genehmigt werden. Bei der Besprechung über den weiteren Ausbau des Bezirksarbeitsnachweises wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß es im Interesse des Ausbaues liege, wenn zum Vertreterauschuß die gleiche Anzahl Vertreter aus dem Bezirk wie von der Stadt zugezogen würden. Vier dazu geeigneten, in Vorschlag gebrachten Herren wurde Zustimmung erteilt.

Seitens des Bezirksausschusses wurde die aufsichts- behördliche Genehmigung der nach der Bekanntmachung des Gesamtministeriums vom 28. November 1918 über die Gemeindegewahlen aufzustellenden Ortsgerichte der Amts- hauptmannschaft übertragen.

Ferner wurde genehmigt, zur Unterstützung für Ge- meindekrankenpflege im Bezirk 400 Mark aus Bezirks- mitteln auf das 1917 auszumerken und diese an die be- treffenden Gemeinden und Vereine unter Zugrundelegung ihrer Tätigkeit zu verteilen.

Um den Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten aus den ehemals besetzten feindlichen Gebieten

festzustellen, soll bei den Landwirten, die sich beim Kriegs- wirtschaftsamt im Jahre 1917 um solche beworben haben, eine befristete Umfrage gehalten werden, ob und auf welche Maschinen sie noch reflektieren.

Auf die öffentliche Sitzung folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Bekanntmachungen des A- und S.-Rates beim Stelvo. Generalkommando 12.

Die zur Entlassung kommenden Unteroffiziere und Mannschaften haben vor Ausfertigung der Militärpapiere oder des Entlassungsscheines zu erklären, ob sie den Ent- lassungsantrag oder die Geldabfindung wünschen. Nach- trägliche Rückgabe der empfangenen Bekleidungsstücke gegen spätere Geldabfindung ist unzulässig. Ausnahmsweise wird gestattet, daß die seit 9. bis einschl. 30. November 1918 von Ersatruppententeilen entlassenen Unteroffiziere und Mann- schaften den Entlassungsantrag oder einzelne Teile desselben gegen die Geldabfindung an ihren Ersatruppententeil unter der Bedingung zurückgeben können, daß die abgegebenen Bekleidungsstücke die gleichen Stücke sind, die die Entlassenen vom Truppenteil erhalten haben und daß an den Stücken keinerlei Änderungen vorgenommen worden sind. In Zweifelsfällen entscheidet die Bekleidungskommission end- gültig. Betrug und Betrugsversuch sind strafbar. Anträge um Umtausch des Entlassungsantrags oder einzelner Teile desselben gegen die Geldabfindung seitens Unteroffiziere und Mannschaften, welche in der Zeit vom 9. bis 30. No- vember 1918 entlassen wurden, sind spätestens innerhalb 14 Tagen nach Bekanntgabe dieses Befehls beim Ersatz- truppenteil anzubringen. Entlassungsanträge, die vom Kriegs- Bekleidungsamt ausgegeben worden sind, müssen gehalten werden, ein Umtausch gegen die Geldabfindung ist nicht angängig.

Entlassung von Beurlaubten. Gemäß Preuß. Kriegs- Min. Verf. D Nr. 5454/18 A. M. vom 20. 11. 18, bekanntgegeben durch Min. für Militärwesen Verf. Nr. 12669 I. B. vom 24. 11. 18, waren die in Heimat und ihrem Wohnort oder Arbeitsort mit Urlaubsschein an- wesenden Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge mit Ausnahme der Jahrgänge 96-99 bis zum 30. 11. 18 von der nächsten militärischen Dienststelle behelfsmäßig zu entlassen. Leute, die unter diese Bestimmungen fallen, sich aber zwecks Durch- führung der behelfsmäßigen Entlassung nicht bei ihrer nächsten militärischen Dienststelle gemeldet haben, gelten mit dem 30. 11. 18, als entlassen. Nach diesem Zeitpunkt bestehen keinerlei Ansprüche auf Löhnung oder Verpflegung.

Die vom Stelvo. Generalkommando XII eingerichtete Entlassungsstelle Dresden-N., Kaiserstraße 11, nimmt be- helfsmäßige Entlassungen nur noch bis mit 14. 12. 18 vor. Nach diesem Zeitpunkt haben sich die für Entlassung in Frage kommenden Leute an die ihrem Wohn- und Arbeits- ort zunächst gelegene militärische Dienststelle (Bezirks-Kommando, Garnison-Kommando, Truppen-Kommando) zu wenden, die in besonders begründeten Fällen auch noch nach 30. 11. 18, ausnahmsweise behelfsmäßige Ent- lassungen vornehmen kann.

Das Demobilisierungsamt hat die Oberste Heeres- leitung um Bekanntgabe folgender Aufklärung an das Heer ersucht: Kameraden! Ihr wißt, daß in der Heimat Lebensmittel, Kohle und andere Bedürfnisse knapp sind und den einzelnen Einwohnern nur in bestimmten kleinen Mengen zugeteilt sind. Wenn Ihr auf dem Rückmarsch einquartiert werdet, so können Euch Eure Quartierwirte nicht verpflegen. Ihr seid daher auf die Truppenver- pflegung angewiesen. Auch eine besondere Zuteilung von Kohlen an die Quartiergeber läßt sich nicht ermöglichen. für Eure Verpflegung, Erwärmung kann daher in den meisten Fällen nur dann gesorgt werden, wenn Ihr in Massenquartieren untergebracht werdet. Empfündet diese Maßnahme nicht als eine Unfreundlichkeit der Heimat Euch gegenüber, sie erfolgt nur unter dem Zwange der Verhält- nisse. Nehmt auch aus dem Felde Eure Decken auf dem Heimmarsch mit, da die Gemeinden nicht über ausreichende Vorräte an Decken verfügen seid überzeugt, daß die Heimat alles tun wird, um Euch den Heimmarsch zu er- leichtern und Euch nach besten Kräften unterbringen wird.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 12. Dezember

Weihnachten steht vor der Tür!

Weihnachten, nach vier schrecklichen Kriegsjahren das erstmal wieder im Frieden. Freilich, auch diesmal werden wir den Strahlenglanz des Tannenbaums ver- missen, die Gabenfülle des Weihnachtstisches vergeblich suchen; ja selbst die rechte Weihnachtsstimmung wird kaum überall durchjubelnden vermögen. Zu ernst sind die Zeiten und zu groß das Leid, das in Hütte und Ballast keinen Einzug gehalten. Und doch! Wer wollte am Feste der Liebe sich in Gram und Sorgen ver- lieren? Wer wollte trotz allem Kummer und Herzeleid nicht wenigstens den Kleinen und Kleinsten eine Freude bereiten? Aber womit? Das ist die bange Frage, die überall aufgeworfen, aber nicht beantwortet wird. Hier muß nun der Geschäftsmann eingreifen und in zweckentsprechender Weise seine Waren anpreisen. Dies tut er am besten und erfolgreichsten mit einem Inserat in der im ganzen Bezirk am weitesten ver- breiteten Zeitung, dem „Wilsdruffer Tageblatt“. Aber es ist keine Zeit mehr zu verlieren, denn bekannt- lich werden die meisten Einkäufe schon jetzt besorgt, und

Weihnachten steht ja auch vor der Tür!

Die Nahrungsmittelversorgung vollzieht sich gegen- wärtig immer noch unter den schwierigsten Verhältnissen. Bei dem Übergange ins neue Wirtschaftsjahr haben sämt- liche vorhandenen Nahrungsmittelreserven entweder als Brot- steckungsmittel oder als Notstandszuweisung Verwendung finden müssen. Sowohl die Reichsstellen wie die Landes- stellen waren damit für die weitere Versorgung auf die Erzeugung der Nahrungsmittel aus neuer Ernte angewiesen.

Die neue Ernte war aber in diesem Jahre überaus ver- spätet. Hierzu kamen Transportschwierigkeiten in der Ver- pflegung des Heeres und vor allen Dingen die große Ausbreitung der Grippe-Erkrankungen, die sowohl bei der Ernte, wie bei der Herausbringung der Rohstoffe und bei der Verarbeitung in den Fabriken bis in die neueste Zeit außerordentlich hinderlich war. Ohne neue Vorräte schaffen zu können, war die Reichsnahrungsmittelstelle bisher nicht im- stande, die geringen Proportionslage der bis zum 15. Dezember ausgeworfenen Nahrungsmittelmengen rechtzeitig anzuschaffen.

Auf eine in der heutigen Nummer des Tage- blattes enthaltene amtliche Bekanntmachung über Elektrische Stromversorgung sei auch an dieser Stelle noch besonders hingewiesen.

Geschlossen bleiben kommenden Montag und Dien- stag sämtliche Geschäftsräume des städtischen Verwaltungs- gebäudes für den öffentlichen Verkehr. (Siehe Amtl.)

Zur Deckung der Baukostenzuschüsse aus öffent- lichen Mitteln hat das Ministerium des Innern Richtlinien im Staatsanzeiger vom 2. Dezember 1918 veröffentlicht. Die Hälfte der Zuschüsse trägt das Reich. Die dafür zu- nächst beantragten 100 Mill. Mk. hat der Rat der Volks- beauftragten bereitgestellt. Der sächsische Staat nimmt ein Viertel der gesamten Baukostenzuschüsse und gewährt bis 80 v. H. der bewilligten Zuschüsse als Zwischenkredit. Das letzte Viertel der Baukostenzuschüsse haben die Gemeinden zu tragen. Die Durchführung des Verfahrens liegt den Gemeinden ob. Der Antrag auf Bewilligung von Bau- kostenzuschüssen ist bei der Ortsbehörde anzubringen und, wenn sie nicht Baupolizeibehörde ist, an diese weiterzuleiten. Alle Anfragen in dieser Angelegenheit werden zweckmäßiger- weise ebenfalls an die zuständige Baupolizei gerichtet.

Von der Reichsbekleidungsstelle ist eine Verordnung über Erweiterung der Freiliste vom 5. Dezember 1918 und über Aufhebung und Beschlagnahme von Gasbrenn- wäsche veröffentlicht worden.

Umwägung in der Schule. Vom Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts ist folgende Ver- fügung erlassen: Von Neujahr 1919 ab ist der Unterricht in biblischer Geschichte auf den Unterstufen in allen Volksschulen auf 2 Stunden einzuschränken und der Katechismus ganz einzustellen. Die dadurch frei werdenden Unterrichts- stunden sind für Unterrichtsgebiete zu verwenden, die unter den Verhältnissen der letzten Jahre in besonderem Maße beeinträchtigt worden sind und vor anderen erhöhter Pflege bedürfen.

Unantastbarkeit der Kriegsanleihen. Der Giro- verband der kommunalen Verbände der Provinz Branden- burg hat immer wieder auftretenden Zweifeln darüber, ob das Reich auch seinen durch die Kriegsanleihen über- nommenen Verpflichtungen nachkommen wird, eine Eingabe an den Vorsitzenden des preussischen Ministeriums, Graf, gerichtet und einen Bescheid erhalten, in dem es heißt, daß alle Nachrichten über eine Ungültigkeits-Erklärung der Kriegsanleihen gänzlich unbegründete, wahrheitswidrige Gerüchte darstellen. An der Gültigkeit der Kriegsanleihen besteht nicht der mindeste Zweifel, und es denkt auch niemand in den leitenden Regierungskreisen daran, sie irgendwie anzutasten. Im Gegenteil ist es selbstverständlich, daß das Reich auch künftig allen seinen Verpflichtungen aus diesen Anleihen voll nachkommen wird. Wir stellen dem Verbands anheim, von dieser Mitteilung jeden zur Widerlegung solcher unwahren Ausstellungen geeigneten Gebrauch zu machen. Graf. — Diese ungewisse Rundgebung der preussischen Regierung schafft für alle, die sich von der Unantastbarkeit der Kriegsanleihen noch immer nicht überzeugen lassen wollten, männenswerte Klarheit.

Vorzeitige Entlassung der Konfirmanden. Im Hinblick auf den späten Zeitpunkt, auf den 1919 das Osterfest fällt, hat das sächsische Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts verordnet, daß die Schüler und Schülerinnen der Volks- und auch der Fortbildungsschulen, die nächste Ostern ihrer Schulpflicht genügt haben, schon Ende März 1919 aus der Schule entlassen werden, um ihnen die Fähigkeit zu geben, bereits Anfang April in eine Lehre, einen Dienst oder ein anderes Arbeitsverhältnis einzutreten.

Der Dresdner Kalender 1919, unter Mitwirkung des Prof. Paul Schumann von Joh. Erich Gottschalk herausgegeben, ist im Verlage von Oskar Laube Dresden erschienen und zum Preise von 6 Mark zu beziehen. Dem Verlag ist mit Herausgabe dieses Buches zweifellos ein Werk gelungen, denn die vornehme, geschmackvolle Auf- machtung in Druckerordnung und Einband machen es zu einem Geschenkwerth, wie man es sich für den Büchertisch nicht besser wünschen kann.

Charandl. Die Wiedereröffnung der Forstakademie erfolgt am Dienstag den 7. Januar 1919 mit abgeklärtem, aber vollgültigem Wintersemester, das in erster Linie für die Kriegsteilnehmer, die bei Kriegsbeginn ihre Studien abbrechen mußten, den Anschluß an dieselben ermöglichen soll.

Dresden. In der Feuerbestattungsanstalt der Stadt Dresden sind im Monat November d. Js. 80 Ein- schieferungen erfolgt und zwar 51 männlichen und 29 weiblichen Geschlechts. Von den Verstorbenen waren 80 eotand., 2 kat., 7 mosaisch, 1 Dissident. In 82 Fällen fand religiöse Feier statt. Vom Tage der Inbetriebnahme (22. Mai 1911) sind dies 5375 Einschlieferungen.

Dresden. Ein schwerer Unfall trug sich gestern nachmittag in der vierten Stunde auf der Borsdorferstraße in der Nähe der Trinitatiskirche zu. Dort wählte ein 8 bis 10 Jahre alter Knabe auf den Vorderhandplatz eines in voller Fahrt befindlichen stadwärts fahrenden Anhängers der Straßenbahn 1 aufspringen. Er geriet hierbei unter die Räder, wurde eine Strecke mitgeschleppt und hierbei furchtbar zugerichtet. Trotz der furchtbaren Verletzungen hofft man den Knaben am Leben zu erhalten.

Freiberg. Am Dienstag Abend wurden in den Ge- schäftsräumen der Spartakusbücherei von Soldaten die Schaufenster zertrümmert und sodann aus dem Laden sämtliche Exemplare der „Roten Fahne“, sowie alle sonstigen Flugblätter auf die Straße geworfen. Die angesammelte Volksmenge verließ sich hierauf in Ruhe und Ordnung.

Chemnitz. Um sich das Leben zu nehmen, hat eine ledige Schneiderin in ihrer in der Südstadt gelegenen

Wohnung ihr Demd mit Spiritus übergossen und angezündet. Sie erlitt dadurch am ganzen Körper erhebliche Brandwunden, den sie im Krankenhaus erlag.

Seringswalde. Die Stadtverordneten beschloffen die Einführung der revidierten Städteordnung. Infolge der Wohnungsnot soll so schnell als möglich mit dem Bau von Wohnungshäusern begonnen werden. Die Stadt will Zuschüsse leisten.

Leipzig. Der Terror in Leipzig dauert an. In den heutigen Vormittagsstunden erschienen in der Schriftleitung des Leipziger Tageblattes eine Anzahl Matrosen, welche die Auslieferung des Herrn forderten, der den Bericht über die bekanntlich gesprenkte demokratische Versammlung am Montag und die Ausschreitungen verfaßt hatte. Sie gaben unumwunden zu, ihn am Augustusplatz an den Branger stellen zu wollen in ähnlicher Weise, wie es mit dem Oberleutnant Friedrich geschehen war. Der Hauptkrischleiter verweigerte die Namensnennung, und es kam nach einigem Verhandeln eine Einigung zustande. Die Schriftleitung verpflichtete sich, eine Verächtigung des Versammlungreferats, welche die Matrosen auflegen wollten, im redaktionellen Teil zu veröffentlichen.

Welsnig i. B. Man schreibt der „Vogl. Ztg.“ in Welsnig im V.: Gehe ich mit einem Franzosen durch die untere Stadt, als sich im Vorbeigehen zwei Männer begrügen. Der eine: „ah scha do?“ (auch schon da?). Der andere: „Scha lang!“ (Schon lange!). — Da dreht sich der Franzose um: „Coment? francals ici?“ (Wie? französisch hier?) Aber die beiden anderen zeichnen nicht darauf. Der Franzose hatte nach dem vernommenen Wortklang gemeint, die ihm heimischen Laute „un chateau, (ein Schloß) und dann „Chalant“ (Name des Schloßes) zu hören. Der weitere Unterhaltungstext der beiden vermeintlichen Franzosen aber belehrte den echten Franzmann alsbald, daß er ein paar Erzvogeländer in ihrer Muttersprache hatte reden hören.

Vermischtes.

Die Nordsee wimmelt von Fischen. Aus Stagen meldet man einem schwedischen Blatt: Alle sind sich darüber einig, daß niemals seit Menschengedenken das Meer so großen Reichtum an Fischen und besonders an Seringen aufzuweisen hatte wie jetzt. Die Fischer, die aus der Nordsee kommen, berichten, daß das Meer förmlich

von Fischen wimmelt, und zwar nicht nur von kleinen Fischen, sondern von großen Dorichen und großen, vollwertigen Schollen und Hundern. Diese Erscheinung ist leicht erklärlich. In den letzten vier Jahren ist nicht viel in der Nordsee gefischt worden, jedenfalls nicht im Verhältnis zu dem, was in normalen Zeiten gefischt wird. Wenn die Zeit kommt, in der die Flotten wieder unbehindert in die Nordsee können, müssen die skandinavischen Fischer auf einen Wettbewerb wie nie vorher gefaßt sein. Deutschland ist dabei, einen mächtigen Fischereihafen in Wilhelmshaven zu bauen, und alles deutet darauf hin, daß Deutschland und England sich mit allen Kräften rüsten, um an den Reichtümern des Meeres teilzunehmen.

○ **Zehntausend Pfund Speiseöl.** Nichts vermag die Bedeutung der Sammlung von Buchedern für die Umkehrung der Fettnot besser zu beweisen, als die Tatsache, daß im Kreise Stormarn bis zum 20. Oktober d. J. 10 000 Pfund Speiseöl allein durch Buchedern geschaffen wurden.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Jähnske in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer: L. A. Gärtner. Für den Inseratenteil: Arthur Jähnske beide in Wilsdruff.

Ämtlicher Teil.

Elektrische Stromversorgung.

Wegen der durch die jetzigen Verhältnisse entstandenen technischen Schwierigkeiten der Kohlenbeförderung bei der Aktiengesellschaft Lauchhammer werden auf **Veranlassung des Reichskommissars** für Kohlen (Abteilung Elektrizität) im Versorgungsgebiet des Elektrizitätsverbandes Gröbba bis auf weiteres nachfolgende Einschränkungen im Stromverbrauch angeordnet:

1. Bis auf weiteres darf **täglich** in der Zeit von **nachmittags 5 Uhr bis abends 10 Uhr und morgens 5 Uhr bis vormittags 8 Uhr kein Strom zum Dreschen entnommen werden.**

2. In der **Woche vom 8.—15. Dezember** ist jegliche **Entnahme elektrischen Stromes zum Dreschen** in den landwirtschaftlichen Betrieben **des Bezirks der Amtshauptmannschaft Reichen** verboten.

Bei Zumberhandlungen gegen die Verbote 1 und 2 erfolgt gänzliche Abschaltung des Ortsnetzes. Die Herren Gemeindevorstände und Gutsoorsteher werden angewiesen, auf strengste Befolgung der Anordnung zu achten.

3. Großabnehmer erhalten seitens des Vertrauensmannes einen besonderen Arbeitsplan für die Stromabnahme, der genauestens eingehalten ist.

Reichen, am 4. Dezember 1918.

Die Amtshauptmannschaft.

Wegen Reinigung bleiben sämtliche Geschäftsräume des städtischen Verwaltungsgebäude

Montag den 16. und Dienstag den 17. ds. Mts. geschlossen.

Dringliche und handesamtliche Angelegenheiten werden an beiden Tagen vormittags von 11—12 Uhr erledigt.

Wilsdruff, am 11. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützung

erfolgt **Sonnabend den 14. Dezember 1918 vormittags von 8—11 1/2 Uhr.** Die Familien nach dem 1. Dezember 1918 entlassener Kriegsteilnehmer erhalten die Unterstützung bis 31. Dezember 1918.

Wilsdruff, am 12. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

Freitag in der neuen Schule, übliche Zeit, freier Verkauf von **Sellerie, Pfund 45 Pfennige.**

Sonnabend in der Turnhalle, übliche Zeit, freier Verkauf von:

Weißkraut, Pfund 8 Pfennige, rote Möhren, Pfund 12 Pfennige, gelbe Möhren, Pfund 8 Pfennige.

Wilsdruff, am 11. Dezember 1918.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Am **14. Dezember** Abgabe von **Kunsthonig** auf rote, blaue und gelbe Nährmittellarten, Abschnitt **4 b 1/4 Pfund** für 20 Pfennige, ferner gegen Abtrennung des Abschnittes **4 a 100, 150 und 200 Gramm Griech.** Preis das Pfund 48 Pfennige. Gleichzeitig **Anmeldung** der Warenbezugscheine **Nr. 17 auf Kaffee-Ersatz** in allen Geschäften.

Für Kaffee-Ersatz haben alle Konsumvereins-Mitglieder Anmeldung und Abgabe der Warenbezugscheine Nr. 17 in der Geschäftsstelle des Konsumvereins zu bewirken, da andere Geschäfte Belieferung mit Kaffee-Ersatz für Konsumvereins-Mitglieder nicht erhalten dürfen.

Wilsdruff, am 11. Dezember 1918.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Inseraten-Teil.



Wir erhielten heute die amtliche, kaum faßbare, tiefbetäubende Kunde von dem am 3. 11. 1918 in Feindesland infolge schwerer Lungenentzündung erfolgten Ableben unseres heißgeliebten Vaters und Waters, des

Hergeant Kurt Rother

Militär-Eisenbahn-Betriebs-Kompanie 23

kurz nach Vollendung seines 28. Lebensjahres. Die Beerdigung hat am 6. 11. 18 in Aeth in Belgien stattgefunden.

Wilsdruff, am 10. Dezember 1918.

In tiefstem Weh

Rosa verw. Rother geb. Hertel
und Tochter **Ilse** nebst Angehörigen.

Für die unendlichen Beweise der Liebe und Anteilnahme, den überaus reichen und herrlichen Blumenschmuck sowie das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte beim Heimgange meiner lieben, unvergeßlichen Frau

Therese Emilie Mohn

spreche ich allen nur hierdurch den tiefgefühltesten und herzlichsten Dank aus.

Dir aber, liebe Entschlafene, rufe ich ein „Gute Nacht“ u. „Auf Wiedersehen“ in die Ewigkeit nach.

Weistropp, am 11. Dezember 1918.

In tiefster Trauer **Hermann Mohn.**

Osram-Wotan-Halbwatt-Lampen

bei größeren Abnahmen Rabatt

Ferd. Zotter, Wilsdruff
Ferenstr. 542.

Kaufe Schlachtpferde zu gefälligen Preisen. **August Hohlfeld, Wilsdruff, Fernspr. 544.** Im Notfall sofort zur Stelle. 501

Kleine Anzeigen alle Art finden in dem **Wilsdruffer Tagesblatt** große werblich-prägende Verbreitung und haben gute Wirkung.

Nebenverdienst!

Wir suchen für **Wilsdruff u. Umgebung** eine **ortskundige Person**

zum Einholen von Versicherungsprämien. **Gef. Angebote u. 909 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.**

Haus mit etwas **Feld** baldigst zu **kaufen** gesucht. Angebote unter **899** an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Junge Kuh, worunter das **Kalb** steht, ist wegen **Nachzucht** zu **verkaufen**. **Kaufbad Nr. 4.** 502

Eduard Wehner

Manufaktur- und Modewaren
Fertige Kleidung

Am Markt — Am Markt

Weihnachts-Neuheiten

Hauben • Handbeuteln • Handtaschen
Krawatten • Haarschmuck • Handarbeiten
Kragen • Chemisettes

Kesselsdorf.

Lebensmittelverteilung in der 50. Woche.
Freitag den 13. Dezember 1918
Kunsthonig, 125 Gramm für 20 Pfennige
Grüne Karte Abschnitt 15.

Kesselsdorf, am 9. Dezember 1918.

Der Ortsausflug.

Freitag von 1 Uhr an Fleisch-Verkauf.

Nummern 251—350.
August Hohlfeld
Kochschlächter.

Der Taschen-Fahrplan

für Winter 1918/19 der Eisenbahnstrecken
Potschappel-Wilsdruff-Rossen und
Wilsdruff-Reichen mit

Dampfschiff-Fahrplan ist wieder fertiggestellt und bei uns zu haben.

Stück 15 Pfennige.
Die Geschäftsstelle des „Wilsdr. Tagebl.“

Für Neujahr 1919 finden Stellung

Knechte, Mägde, Pferde- und Ochsenjungen

durch d. **Arbeitsnachweis des Landeskulturrats,** Am Ehrenfriedhof 213, Fernsprecher 429. 503

Suche für 1919: **Sohn,** mit allen landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut, soeben vom Militär entlassen, zum 1. Jan. 1919 Stellung als 504

Wirtschaftsgehilfe mit Familienanschluss. **Paul Kanst, Stadtdiöptat, Neusalza (Spremberg).**

Strunkkrautsamen und **Saatbohnen** kauft zu hohen Preisen 505

Ernst Gantsche, Mohrau.